

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

19 (23.1.1919)

**Volksfreund**

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Besetzung: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postfach monatlich 1.20 M., 1/2 jährl. 3.60 M., Jugel'entl. durch unsere Träger 1.80 bezw. 3.00 M.; durch die Post 1.34 M. bezw. 4.02 M.; durch die Heildorf 1.85 M. F. am. 1.20 M., vorausschüssl.

Ausgabe: Freitag mittags: Geschäftszeit: 1/2-11 u. 2-4 1/2 Uhr abends. Preis: Geschäftsstelle Nr. 128, Rebalion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Notenzeile od. deren Raum 25 s., zugügl. 30 % Tages- und Nachtschicht. Bei Wiederholungen Rabatt. Annoncenpreis 3/16 norm., für groß. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gessle & Cie., Karlsruhe.

**Deutsche Nationalwahlen.**

**Vorläufiges nichtamtliches Wahlergebnis.**

M.W. Berlin, 22. Jan. Das Endergebnis aus den Wahlen zur Nationalversammlung zeigt sich folgendermaßen zusammen: In den 37 Wahlkreisen mit ihren 421 Abgeordneten haben erhalten:

Deutsch-Nat. Volkspartei	34	Abgeordnete
Christliche Volkspartei (Zentr.)	88	"
Deutsche Volkspartei	23	"
Deusch.-Dem. Volkspartei	77	"
Fraktionlos	11	"
Sozialdemokr. Partei	164	"
Unabh. Soj.	24	"
<b>Zusammen</b>	<b>421</b>	<b>Abgeordnete.</b>

Die 11 fraktionslosen Sitze verteilen sich auf 4 Wesen, 1 Vertreter der Bauern- und Landarbeiter-Demokraten, 4 bayrische Bauernbündler und 2 Sitze der württembergischen Bürgerpartei.

Uebersieht man nun das Gesamtbild des Wahlausgangs, so muß es als höchst erfreulich für die Sozialdemokratie bezeichnet werden. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen haben insgesamt 188 Sitze inne, es fehlen nur noch 5 Prozent der Stimmen und der Mandate zur absoluten Mehrheit. Die alte sozialdemokratische Partei hat ihren Bestand gegenüber bisher verdoppelt. Und hat sie auch noch nicht die selbständige Mehrheit, so gewährleistet doch die Zahl von 164 Sitzen ihr einen Einfluß, der in der weiteren Entwicklung des Reiches nicht zu unterschätzen sein wird. Keine der anderen Parteien hat die Zahl 100 erreicht. Am nächsten dieser Zahl kommt die bürgerliche Demokratie, die 94 Sitze inne hat. Die demokratische Linke verfügt also über eine Mehrheit von 280 Abgeordneten, also mehr als zwei Drittel aller Sitze. Diese Tatsache zeigt am besten, nach welcher Richtung die Entwicklung des Reiches geht, das Ergebnis ist zugleich eine Rechtfertigung der Revolution, was nach deutlicher zum Ausdruck kommen wird, wenn erst die genauen Zahlen der auf unsere Partei entfallenen Stimmen vorliegen werden.

**Die Deutsche Nationalversammlung.**

Berlin, 21. Jan. Wie verlautet, wird die erste Handlung der auf den 6. Februar nach Weimar einberufenen Nationalversammlung die Wahl einer provisorischen Regierung sein. Hat diese ihr Amt angetreten, dann wird die Nationalversammlung in die Behandlung der Verfassungsurkunde eintreten, die voraussichtlich nicht von der Regierung eingebracht, sondern als ein Vorschlag des Reichsamts des Innern der Versammlung als Grundlage für ihre Beratungen, zugehen wird. Mit der Erledigung des Verfassungskurzes, für die ungefährl. der Monat Februar in Aussicht genommen ist, ist der erste Abschnitt der Arbeit der Versammlung getan. Diese Arbeit wird sich weniger in Vollkungen als in Kommissionsarbeiten abspielen. Der zweite Tagungsabschnitt dürfte sich mit den Friedensverhandlungen befassen, die kaum vor dem Monate Juni zur Verhandlung kommen werden. Die Finanzfragen werden wohl als Notgesch behandelt werden müssen. Es ist in Aussicht genommen, eine gleichzeitige Tagung der Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung zu vermeiden und die letztere erst dann zusammenzukommen, nachdem der erste Tagungsabschnitt der Nationalversammlung erledigt ist.

M.W. Berlin, 22. Jan. Die Arbeitsdauer der Nationalversammlung in Weimar wird auf etwa 2 Monate angesetzt.

Man nimmt an, sagt der „Berl. Volksanz.“, daß die Friedenskonferenz nicht vor dem Jahr stattfinden dürfte. Es besteht die Absicht, die Landesversammlungen der einzelnen Bundesstaaten nicht gleichzeitig mit der Nationalversammlung laden zu lassen. Unter diesen Umständen ist es doppelt unverständl., daß man die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung in größter Hast auf den nächsten Sonntag angelegt habe.

**Die Streikbewegung in Deutschland.**

Berlin, 22. Jan. Die Ärztekammer Bremens hat beschlossen, ihre gesamte Berufstätigkeit sofort einzustellen, sobald durch politische Streiks der Verkehr in Bremen, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln usw. in gefährdender Weise unterbrochen werde. Die Apotheker haben einstimmig den Beschluß gefaßt, im Falle eines Streikes der Ärzte ihre Apotheken für jeden Verkehr zu schließen.

Berlin, 22. Jan. Das „Berl. Tagebl.“ berichtet aus Halle a. d. S., daß der Eisenbahnstreik, der gestern den Güterverkehr lahm legte, heute durch Zurückziehung der wichtigsten Beamten aus dem Dienste beendet wurde. Der Verkehr ist wieder normal.

M.W. Halle a. d. S., 22. Jan. Nachdem die ausländischen Bahnarbeiter gestern beschlossen hatten, auch den Ver-

kehr im Bahnhof Halle zum Stillstand zu bringen, haben die Verhandlungen zwischen der Eisenbahndirektion und den Vertretern der Eisenbahnarbeiter zu einer Einigung geführt. Die Direktion hat in die Entlassung müßiger Vorgesetzter eingewilligt.

Berlin, 22. Jan. Aus Danzig erfährt das „Berl. Tagebl.“, daß der Vollzugsausführer für heute einen allgemeinen Proteststreik wegen der Ermordung Karl Liebknechts und der Rosa Luxemburg angeordnet habe. Die Theater und Kinos müssen schließen. Die Zeitungen dürfen nicht erscheinen.

Berlin, 22. Jan. Im Ruhrgebiet ist gestern, wie verschiedene Morgenblätter melden, die Zahl der streikenden Bergleute auf annähernd 8000 zurückgegangen. Ausländig sind noch die Bergschächten von 12 Schächten, während auf sieben die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

**Der Streit in Berlin.**

**Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter.**

Berlin, 21. Jan. (Berliner Meldung.) Täglich hat Berlin eine neue Ueberdecksung. Heute streiken die Elektrizitätsarbeiter. Seit Eintritt der Dunkelheit haben die elektrischen Bahnen ihren Dienst eingestellt. Die Straßenbeleuchtung, soweit sie nicht aus der Gasanstalt gespeist wird, ist erloschen und in den Wohnungen erlosch die Petroleumlampe und die Kerze eine unangenehme Widerscheinbelebung. Die Straßen sind selbstverständlich außerordentlich belebt, da die Kaufende und Arbeitende von Angestellten den Gehweg zu Fuß antreten.

M.W. Berlin, 22. Jan. Die „B. Z.“ meldet heute: Erneute Beratungen wegen des Streiks der Arbeiter in städtischen elektrischen Werken haben heute Mittag im Rathaus stattgefunden. Nachdem der Berliner Magistrat sich breit erklärt hatte, daß Eingangsamt des Berliner Gewerkeverbandes anzureufen und sofern dort ein Verstoß mit den Arbeitern nicht erzielt werden sollte, den Schiedsrichtern des Gewerkeverbandes, haben heute Vormittag die Arbeiter auf Vorschlag ihrer Organisation den gleichen Beschluß gefaßt. Das Eingangsamt trat heute vormittags 10 Uhr unter dem Vorsitz des Magistratsrates von Schulz zusammen. Die Arbeiter verlangten für Heiser und Maschinenverleiher 200 M. bzw. nach einem Jahr 275 M., für Facharbeiter und Mechaniker 285 M. bzw. 3 M. Schlichter und Hilfsarbeiter 250 (265) M., Jungendliche Arbeiter und Frauen 185 (20) M. Außerdem sollen die heutigen Vorschläge für Nacharbeit und Sonntagsarbeit von 26 bezw. 50 Prozent bestehen bleiben. Die Arbeiter wollen nach einem Jahr einen siebenverfährigen und nach 2 Jahren einen 14jährigen Urlaub erhalten.

Einen Mitarbeiter des „Vorwärts“ wurde amtierend mitgeteilt, daß die wirtschaftliche Situation sich sehr verschlechtert habe. Der Mittelpunkt der Krise sei die Kohlennot. Trotzdem der Streik bei den städt. Elektrizitätswerken die Kohlenwarante etwas getrebt habe, so drohe doch in manchen Tagen eine völlige Stilllegung nicht nur dieser Betriebe, sondern auch aller anderen auf Brennstoff angewiesenen Betriebe. Die Krise drohe gleichzeitig in den verkehrsreichen Gegenden von Deutschland einzutreten. Sofort in den Verhandlungen fehlt es an der notwendigen Sache. Die Krisen hierfür seien die zahlreich im Westen Deutschlands und sofort Sozialismusverbrechen in den Böhmerwerken. Die Leute verfahren ihre Schicht und stehen verständig in den verkehrsreichen Gegenden von Deutschland einzutreten. Sofort in den Verhandlungen fehlt es an der notwendigen Sache. Die Krisen hierfür seien die zahlreich im Westen Deutschlands und sofort Sozialismusverbrechen in den Böhmerwerken. Die Leute verfahren ihre Schicht und stehen verständig in den verkehrsreichen Gegenden von Deutschland einzutreten.

Im „Vorwärts“ heißt es weiter: Selbstverständlich wächst die rapid zunehmende Forderung alle Arbeiter und Angestellten zu immer neuen Ausleichforderungen, aber wo soll es hinführen, wenn die Arbeiter eines für die Gesamtheit unentbehrlichen Produktionszweiges die Rücksicht auf die Gesamtheit einfach beiseite setzen.

**Streikbewegung in Spanien.**

M.W. Madrid, 22. Jan. Agence Havas. Eine Arbeiterdelegation legte dem Ministerpräsidenten die Forderung der Arbeiterschaft vor. Die Delegation verlangte die untergeordnete Annahme folgender Mindestforderungen: Achtstündigen Arbeitstag, Mindestlohn entsprechend der Lebenshaltung, Abschaffung der Akkordarbeit, Abtretung der Nutzung des bearbeitenden Bodens an den Staat oder die Gemeinden.

**Deutscher Verkehrsamer.**

M.W. Berlin, 22. Jan. Amlich, obwohl der Verkehr der Personen- und Schnellzüge schon bisher zum Nachteile aller bereit, die auf die Benutzung der Eisenbahnen angewiesen sind, überaus hart eingekürzt war, so sieht sich die Staats-eisenbahnverwaltung doch gezwungen, abermals mit weiteren empfindlichen Einschränkungen im Personen- und Schnellzugsverkehr vorzugehen. Sie treten bereits im B. ds. M. in Kraft. Von diesem Tage an werden im ganzen Deutschen Reich kaum noch ein Dutzend Schnellzüge verkehren. Der Grund dieser für das ganze Reichskafische außerst nachteiligen Maßnahme ist in erster Linie die unabweisbare Abgabe leistungsfähiger Lokomotiven an die Ententeemächte.

**Das Vorspiel.**

Karlsruhe, 23. Januar.

Wilson hat die Aufforderung Clemenceaus, nach dem Kriegsgebiet zu reisen, abgelehnt. Es ist klar, was die Aufforderung des französischen Ministerpräsidenten bezwecke, es ist klar, was die Absage Wilsons bedeutete. Lord George und Clemenceau wollten politische Stimmungsmache betreiben. Sie hofften, den Präsidenten der Vereinigten Staaten durch den Abfall der geriebenen Städte, des verwüsteten Nordens, der vernichteten Werte für eine Politik der Rache, der „Bestrafung“, des niederrückmetersnden Boykottes zu machen. Wilson aber ist nicht über den Ozean gekommen, um als ein gewöhnlich sterblicher Mensch sentimentalischen Gefühlsanwandlungen nachzugeben, sondern er ist gekommen und bereits wochenlang hier geblieben, um als Sachwalter großer Ideen für Weltfrieden, militärische Rüstungseinschränkungen oder Abrüstung und für Schiedsgerichte zu wirken. Der Gegenlatz des moralischen Willens und des politischen Ziels tritt in dieser Aufforderung resp. Ablehnung deutlich zutage. Clemenceau will den Satz: den unerbittlichen, wild herumspießenden Satz, Wilsons Stimmung ist auf Rückkehr zur Weltverächterung gerichtet.

Der Gegenlatz zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und den Leitern der europäischen Entente zeigt sich hierbei nicht zum ersten Male. In Manchester hat Wilson eine Rede gehalten, in welcher der Unterton der Kränkung bereits deutlich genug heraussprang. Er hatte dort erklärt, daß er die verächtliche Politik des Gleichgewichts der Kräfte, dieses alte Diplomatenkunststück Englands gegenüber dem europäischen Kontinent, verwerfe und nur einem Bunde aller Völker und gleichberechtigter Völker seine Zustimmung geben werde. Mit dieser Gleichgewichtspolitik ist er sehr scharf ins Gericht gegangen. Er nannte sie bei ihrem richtigen Namen: einen Vorkurs, der seit Jahrhunderten zur Vorbereitung und Begründung heutiger Feldzüge benutzt werde, eine listige Anrede, um Mächtigkeitsverirrungen zur Begründung anderer Mächtigkeitsverirrungen zu schaffen. Nur das durfte er nicht sagen, daß der dirigierende Kopf dieser Politik sie erlassen hatte, um dem Vorkurs der im Gleichgewicht der Kräfte gehaltenen Völker zu sein, weil eben dieser Vorkurs seit jeher Englands gewesen ist. Clemenceau hat zur selben Zeit über diese Frage geurteilt. Er verurteilte, nein, er verherrlichte geradezu die Politik des Gleichgewichtes der Kräfte, er verurteilte unter dem lauten Beifall der französischen Kammer, daß die Bündnisse, welche die Entente im Krieg geschlossen habe, nicht aufgegeben werden dürfen und machte gar kein Geht daraus, daß der Grund davon in der völligen Niederhaltung Deutschlands sein solle. Vom Präsidenten Wilson entwarf er ein Signalement, in dem ihm „hohe Ideale“, eine „treuherzige Seele“ und der „Satz gegen alle Falschheit“ bezeugt wird. Also gerade das will Clemenceau an Wilson hervorheben, was in seinen Augen unfähig zum tüchtigen Vorkurs und Staatsmann macht. Mit diesem niederrückmetersnden Ueberlegenheitsdünkel, in dem bekanntermaßen Volkserwachen wie Völkerverbund, Abrüstung, internationale Schiedsgerichte auch von unieren Edelröhlern und hinterlandshelken ironisch abgehandelt werden, muß sich ein Wilson behandeln lassen, das Oberhaupt eines Staates von hundert Millionen, der Retter vom Untergang, der Erklärer des Sieges über Deutschland, was aber wäre jetzt eine Politik der Ententehindernisse gegen Mittel- und Osturopa? Was andere als eine Politik des Gleichgewichtes, Mittel Europa mit Deutschland an der Spitze war eine Kriegskonstruktion und eine sehr verhängnisvolle. Es existiert als Einheitsmacht nicht mehr und selbst Deutschland existiert kaum noch als geschlossenes Staatsgebilde. Wenn die Entente will, kann sie es in Feten zerreißen und mit ihnen herumfuhren, wie es einst Napoleon I. tat. Fast braucht sie das gar nicht mehr, denn Deutschland, ins maßlose Elend gekommen, droht, geschädigt durch vorkursartige und kapitalistische Volkserwachen, deren Träger teurelle cerne Reichhaus nehmen würden, ohne Zutun der Vorkurskräfte in Ruine zu zerfallen. Und was steht sonst auf der Seite des Vorkurs, welcher der Entente das Gleichgewicht halten könnte? Rußland? Deutscherreich! Unruhm! Staaten? O nein. Geographische Bezirke von Reichern, die ehemals waren und morgen wie Gott wie ausheben werden. Die Entente in ihrem bisherigen Zusammenhalt ist nicht Gleichgewicht der Kräfte. Sie ist Welt herrschaft. Sie ist der Widerdruck zum Gedanken des allgemeinen Völkerverbundes, eine Machtverteilung, durch die er zur Verleugung und Unmöglichkeit wird.

Wilson verlangt die Abrüstung oder mindestens eine sehr starke Rüstungseinschränkung. Ein alter Gedanke, der schon deshalb nicht amerikanischen Ursprungs sein kann, weil Amerika vor dem Weltkrieg nie die imperialistische europäische Impendenzpolitik des „Si vis pacem para bellum“ (Milde zum Krieg, wenn du Frieden willst) mitgemacht hat. Immanuel Kant hat im Jahre 1795 die Forderung auf Abrüstung und Weltfrieden gestellt und sie ist ja nur der politische Ausdruck für die Lehre, welche von Nozareth euseaspanien ist und in Gotha am Kreuz bezeugt wurde. Europa hat nun seine eigene Methode, mit beratigen Forderungen und Ideen umzugehen. Es ergibt sie zu Theorien und debattiert endlos

Über sie herum. Kommt aber jemand und ermahnt, nun sei es Zeit, an die Durchführung zu gehen, des Unglücks, welches deren Unterlassung im Gefolge gehabt habe, sei genug und übergenug, so behandelt man ihn stets wie jetzt eben Clemenceau Wilson behandelt hat. Man nennt ihn einen idealen Schwärmer, einen weltfremden Träumer, weiß Gott was sonst noch, um aus Höflichkeit nicht armer Narr zu jaßen und heißt ihn mit der Geste ironisierender Grobmut, an ein nützliches Tagewerk zu gehen. Dem Amerikaner importierte die Theorie dagegen nur als Grundlage und Schema praktischer Ausführungen. Er hat das Kunststück fertig gebracht, eine für den europäischen Geist völlig auf die Theorie beschränkte Wissenschaft wie die experimentelle Psychologie Alltagszwecken dienstbar zu machen. So begnügte sich also Wilson nicht mehr mit theoretischen Erörterungen über Völkerbund und Völkerverträge, sondern er kam herüber, um mit der ihm zugefallenen Autorität des Reichsrichters, für die Durchführung des Bielefelder Vertrages und der Kant'schen Forderung des Seilandegebotes und der Kant'schen Forderung einzutreten. Deutschland jubelt ihm zu. Es hat keine äbeltraffenden Kennzeichnungen und Weltberausforderer zum Teufel oder in die Mausefänger gejagt und es zeigt sich jetzt, daß es nicht so militärisch war, wie es verfahren wurde. Ganz anders ist Clemenceau gefimmt. Er hat unter dem Beifall seiner Kammer rundweg erklärt, daß Frankreich gar nicht an Abrüstung denke, daß es auf den starken Schutz seiner Grenzen nicht verzichten könne. Und mit einem ironischen Seitenblick auf Wilsons Völkerbundsgedanke fügte er hinzu, daß ihm freilich auch jede weitere Würdigung für den Bundesrat willkommen sein werde. Ganz dieselbe Sache wie bei unseren Militärkassen. Immer nur Vertrauen auf die starken Bataillone. Nur gewandter, klarer, mutiger und charakterfester ist dieser Clemenceau, als unsere Hindenburgs, Tirpitz' und Ludendorffs. Geschäftskreis, Lebens- und Weltanschauung bleiben bei diesem durch alle politischen Stürme und Erfolge hindurchgegangenen Siebenhünnebjährigen so eng militärisch, so engherzig erobrerungslüchsig und so abgeneigt den weiteren Verbestand des Wilsonschen Programms wie bei unseren Stresemann und Hindenburg. Noch schlechter wird von der europäischen Entente die Forderung auf Abrüstung zur See aufgenommen. Frankreich und England sind gemeinsam diesem Projekt entgegengetreten. Sie haben das mit solcher Entschiedenheit getan, daß die Vereinigten Staaten durch den Mund ihres Marineministers Daniels den Entschluß kundgeben haben, die stärkste Flotte der Welt zu bauen, falls Frankreich und England die Rüstungseinschränkung zur See nicht direkt zu einem besonderen Vertrag des Friedensvertrages machen werden. Daraufhin haben sie mit der alten parlamentarischen Diplomatenclausel die ganze Streitfrage einer Kommission überwiesen. Sie wollen zunächst einmal Zeit gewinnen. Sodann denken sie, die Angelegenheit bei günstigerer Konjunktur zur Sprache zu bringen und vielleicht unter ein paar belanglosen Zusagen den ganzen Vorstoß in die Kammer phantastischer Projekte zu werfen.

Wilson wünscht die Einigung zwischen Seiner und Besten möglichst auf der Grundlage des Völkervertrags zu erreichen. Amerika gibt ein vorbildliches Beispiel. Es hat der europäischen Entente die Kriegführung ermöglicht, es hat ihr Freiheit und Sieg gebracht und will nichts dafür. Nichts als die schmerzliche Rückgabe der Kriegsdarlehen. Die Engländer und Franzosen aber setzen uns jetzt, wie man auf einen alldentschen Schelm drei allenglische und allfranzösische legt. England hat wie immer den größten Appetit. Nichts von Rückgabe der deutschen Kolonien, nichts von Rückgabe der asiatischen Eroberungen. Es will sich einen Landweg von Afrika über Klein-Asien nach Indien schaffen und das als Projekt, ganz Afrika von Kairo bis Kapstadt englich mit einigen französisch-portugiesischen Schönheitsflecken dazu, soll jetzt Wirklichkeit werden. Konstantinopel wird nominell eine neutrale, in Wirklichkeit jedoch eine von England beherrschte Stadt. Was Frankreich an Ländererweiterungen erstrebt, ist bisher noch nicht ersichtlich, da ein Teil politisch Weichenener vor den Organen der Völkerverhandlungen, denen sich die Nachbarländer und die politisch Unbequemeren überlassen haben. Der Krieg ist kaum zu Ende und schon haben die Staatsleiter in Paris und London dafür gesorgt, daß der Kampfstoff zu neuer Krieges vorliegt. Since es nach ihnen, so würde die Lust des Friedens erfüllt sein von den Fortnestufen der bedrückten Minderheiten, von der Emigration über das hinweggelegene Völkerverrecht und von dem Hüften über so viel Lug und Gewalttätigkeit, die an den wehrlosen Völkern verübt wurden.

Der Geßemach zwischen Wilson und Clemenceau ist das Vorbild zu den Präliminarfriedensverhandlungen. Unsere Gegner müßten erst unter sich abmachen, ob das Programm Wilson oder das Programm Clemenceau-Georae die Unterlage des Friedensschlusses sein wird. Das wird sich in den ersten Verhandlungstagen deutlich zeigen. Aber Wilson ist nur eine Hoffnung für uns. Die mehr verprechende liegt in dem Faktum, daß die Feinde sich selber schädigen, wenn sie unsere Vernichtung durchzuführen und daß ihre Unterhändler genug sein werden, um zu wissen, wie viele Gründe sie haben, mit uns in erträgliche Verkehrsbeziehungen zu kommen.

**Ausland.**

**Portugal wieder Monarchie?**  
Lissabon, 22. Jan. Reuter meldet aus Madrid: Die spanische Regierung erhielt Nachrichten aus Portugal, die besagen, daß die monarchistische Bewegung in Nordportugal den Sieg davongetragen habe. In Oporto ist eine neue Regierung gebildet. Sie verlangt, wurde Manuel zum König ausgerufen. Es heißt, daß Dillabon sich der Bewegung angeschlossen habe.  
Madrid, 22. Jan. Ganas. Nach im Ministerium des Inneren eingetroffenen Meldungen sind die Telegraphen- und Telefonverbindungen Lissabon-Porto unterbrochen. In Lissabon ist König Manuel ausgerufen worden. Nach Lissaboner Meldungen haben die republikanische Regierung um Winternacht des 19. die politische Lage. Die monarchistische Bewegung, die angeblich vom Erlösigen nicht unterstützt wird, beschränkt sich auf die Städte Porto, Braga sowie Biscu. Der König hat sich der republikanischen Regierung zur Verfügung gestellt.  
Buenos Aires, 22. Jan. Ganas. Aus Porto wird gemeldet: Nach der Verkündung der Monarchie dekretierten die Truppen unter dem Jubel der Menge. Der König und die neuen Minister haben die Regierungspaläste besessen. Die Grenzen werden überwacht, um die Abreise von Republikanern zu verhindern.

**Wien soll ebenso wie Berlin reichsunmittelbar werden.**  
Die übrigen Teile Deutsch-Böhmens sollen an Schlesien oder zum Bundesstaat Ober-Sachsen oder zu Bayern kommen. Außerdem soll ein Bundesstaat Deutsch-Österreich konstituiert werden.  
Wie der „Vorwärts“ meint, dürfte eine große Mehrheit vorhanden sein, die bereit sein werde, den Grundlinien des Verfassungsentwurfs zuzustimmen. Möchte sich die Nationalversammlung, die voraussichtlich am 6. Februar zusammentritt, vor dem Fehler des Frankfurter Reichstages hüten und lange akademische Erörterungen vermeiden. Die Not der Zeit fordert solche Taten.  
Bayerische Landesversammlung.  
München, 22. Jan. Amtlich. Die Einberufung des bayerischen Landtags ist für Mitte Februar in Aussicht genommen. Da die Wahlen in der Folge infolge der durch die Okkupation entstandenen Schwierigkeiten erst am 2. Februar stattfinden können und die Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses geraume Zeit erfordert, ist die Einberufung vor dem 15. Februar nicht zu ermöglichen.  
Großpolnische Untertue in Oberschlesien  
Breslau, 22. Jan. In den letzten Tagen sind führende großpolnische Elemente in Oberschlesien dazu übergegangen, offenen Landesverrat zu treiben. Wie heute mitgeteilt wird, hat sich am 13. Januar eine aus Deutschen und Umgebung stammende Deputation über Krakau und Wien nach Paris begeben, um sich mit der französischen Regierung über die oberösterreichischen Verhältnisse zu besprechen. Gleichzeitig mehren sich die Fälle, in denen in großpolnischem Fahrtzettel gegen die bayerischen bemannten Mitglieder zum Landesverrat aufzufaehlen versuchen. Die Staatsanwaltschaft hat bereits Verhaftungen veranlassen müssen. Damit ist erwiesen, daß auch in Oberschlesien die Anhänger der Losrennung Oberschlesiens vom Reich versuchen, nach vor der Entscheidung durch den Friedenskongreß vollendete Taten zu schaffen und vor Anschläge auf die Sicherheit des Reiches nicht zurückzusehen. Der Volksrat in Breslau (Zentralrat) für die Provinz Schlesien hat geeignete Schritte unternommen, diesem Landesverratlichen Treiben ein Ziel zu setzen.

**Deutsches Reich. Die neue deutsche Verfassung.**

§ Der Verfassungsentwurf für das neue Deutsche Reich ist erschienen. Das föderativstem liegt dem Plan zugrunde. Aber in einer Form, die dem Einheitswillen des Volkes volle Wirkungsmöglichkeit läßt! Bismarcks Werk wird zertrümmert, sein Geist wird überwunden. Alle Macht fällt dem souveränen Volke zu, das seinen Willen durch das freieste Wahlrecht ausübt; neben dem Wahlrecht besteht ein Bestätigungs- oder Verwerfungsrecht gegenüber bestimmten Parlamentsbeschüssen. Ein unmittelbares Vorschlagsrecht dagegen ist nicht vorgesehen. Reichsteile sind die freien Reichskreise, die aber nicht einfach Fortbildungen der bestehenden Bundesstaaten sein werden. Vielmehr nimmt der Entwurf den Gedanken der Staatenbildung nach natürlichen, wirtschaftl. und ethnographischen Zusammengehörigkeiten auf. Preußen wird sich teilen und es wird damit aus der Beherrschung (scheiden. Weitaussehend spricht die Begründung des Entwurfs von der Möglichkeit, durch den staatlichen Neuaufbau vom Reich getrennte Glieder zurückzugewinnen, nicht nur Deutsch-Österreich; auch die Schweiz und Holland.  
Ein Reichstag mit einem Volks- und einem Staatenhaus wird das Parlament sein; das Staatenhaus indirekt gewählt, nämlich durch die auf gleicher Grundlage zustande gekommenen Volksvertretungen der Bundesstaaten. In der Spitze des Reiches steht ein vom Volk auf sieben Jahre gewählter Präsident, der wiederwählbar, aber auch auf Beschluß des Reichstags durch Volksabstimmung abberufbar ist. Ein Kanzler und verantwortliche Reichsminister werden vom Präsidenten ernannt; sie bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Volkshauses.  
Interessant ist, daß Verfassungsänderungen, zu denen übereinstimmender Beschluß beider Häuser des Reichstags und qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, fünf Jahre später der Volksabstimmung zuzuführen sind.  
Die Verfassung sichert nicht nur die Rechte nationaler Minderheiten, sie schreibt auch den Einzelstaaten und Gemeinden, denen das Selbstbestimmungsrecht zusteht, die Anwendung des allgemeinen, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahlrechts vor, unter Beteiligung der Frauen nach den Grundätzen der Verhältniswahl; ein Wahlrechtsalter ist nicht erwähnt. Geburts- und Standvorrechte werden beseitigt, Glaubens- und Gewissensfreiheit werden errichtet. Für die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche soll ein Reichsgericht Grundhöfe aufstellen, deren Durchführung Sache der Freistaaten ist. Das unbeschränkte Koalitionsrecht ist in die Grundrechte aufgenommen. Ebendort steht auch das Ziel einer Aenderung der Grundbesitzerklassen zugunsten einer gesunden Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz. Unwirtschaftlich genutzter Grundbesitz ist aufzuheben.  
Die leitende Idee des Verfassungsentwurfs spricht der folgende Satz der Begründung, die wir morgen im Wortlaut bringen werden, aus:

Die deutsche Republik kann nur die demokratische Selbstorganisation des deutschen Volkes aus einer politischen Gesamtheit sein. Dieser Grundgedanke wird nur noch verstärkt durch den Charakter der Revolution entsprechenden Gedanken fortschreitender Sozialisierung. Seine Vollendung kann dieser letztere Gedanke sicherlich nur international finden; soweit jedoch das einzelne Staatswesen solcher Vollendung innerhalb seiner Grenzen vorarbeiten kann, ist die politische Voraussetzung eine freie demokratische Verfassung. Daß eine fruchtbare Sozialisierung nur auf dem Boden der politischen Demokratie zu erstehen kann, hat gerade die deutsche Sozialdemokratie immer nachdrücklich bekannt und schon in ihrem Namen zum Ausdruck gebracht.  
Groß und erhoben stellen diese Sätze das Ziel der Revolution vor uns hin. Dahin zu streben, ist edle Lust ist Erfüllung des besten Lebenswunders. Dabei mitanzuwirken, ist jeder Volksgenosse berufen. Wer noch nicht volles Vertrauen hatte, wer aus der Geschichte des deutschen Volkes die Botschaft entnahm, daß Mangel an Willenskraft abermals das Werk auf halbem Wege stehen lassen werde, der kann jetzt freudig sich den Werkleuten einordnen, die am deutschen Staatenbau zimmern.

**Das neue Preußen.**  
Die R. B. N. melden, daß nach dem Verfassungsentwurf Preußen in 10 Republiken zertrümmert wird. An der Spitze der Bundesrepublik, in die es zerlegt werden soll, steht die Republik Berlin mit ungefähr 10 Millionen Einwohnern. Dann soll sich anschließen eine Republik Preußen, umfassend Ostpreußen, Westpreußen und den Kreis Bromberg; eine Republik Schlesien, die die Provinz Schlesien, die Sudetenländer und Ost-Deutsch-Böhmen umfaßt, die Republik Brandenburg, zu der auch die Provinzen Pommern, die Altmark und beide Mecklenburg gehören; dann die Republik Nieder-Sachsen mit Hannover, Schleswig-Holstein, Oldenburg und Braunschweig; die Republik Westfalen mit Schaumburg-Lippe und Hammont; die Republik Hessen, umfassend Hessen-Nassau und das Großherzogtum Hessen; die Republik Rheinland mit der bagerischen Pfalz und dem Fürstentum Birkenfeld. Der Regierungsbezirk Erfurt soll zu Groß-Thüringen kommen.

**Wien soll ebenso wie Berlin reichsunmittelbar werden.**  
Die übrigen Teile Deutsch-Böhmens sollen an Schlesien oder zum Bundesstaat Ober-Sachsen oder zu Bayern kommen. Außerdem soll ein Bundesstaat Deutsch-Österreich konstituiert werden.  
Wie der „Vorwärts“ meint, dürfte eine große Mehrheit vorhanden sein, die bereit sein werde, den Grundlinien des Verfassungsentwurfs zuzustimmen. Möchte sich die Nationalversammlung, die voraussichtlich am 6. Februar zusammentritt, vor dem Fehler des Frankfurter Reichstages hüten und lange akademische Erörterungen vermeiden. Die Not der Zeit fordert solche Taten.  
Bayerische Landesversammlung.  
München, 22. Jan. Amtlich. Die Einberufung des bayerischen Landtags ist für Mitte Februar in Aussicht genommen. Da die Wahlen in der Folge infolge der durch die Okkupation entstandenen Schwierigkeiten erst am 2. Februar stattfinden können und die Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses geraume Zeit erfordert, ist die Einberufung vor dem 15. Februar nicht zu ermöglichen.  
Großpolnische Untertue in Oberschlesien  
Breslau, 22. Jan. In den letzten Tagen sind führende großpolnische Elemente in Oberschlesien dazu übergegangen, offenen Landesverrat zu treiben. Wie heute mitgeteilt wird, hat sich am 13. Januar eine aus Deutschen und Umgebung stammende Deputation über Krakau und Wien nach Paris begeben, um sich mit der französischen Regierung über die oberösterreichischen Verhältnisse zu besprechen. Gleichzeitig mehren sich die Fälle, in denen in großpolnischem Fahrtzettel gegen die bayerischen bemannten Mitglieder zum Landesverrat aufzufaehlen versuchen. Die Staatsanwaltschaft hat bereits Verhaftungen veranlassen müssen. Damit ist erwiesen, daß auch in Oberschlesien die Anhänger der Losrennung Oberschlesiens vom Reich versuchen, nach vor der Entscheidung durch den Friedenskongreß vollendete Taten zu schaffen und vor Anschläge auf die Sicherheit des Reiches nicht zurückzusehen. Der Volksrat in Breslau (Zentralrat) für die Provinz Schlesien hat geeignete Schritte unternommen, diesem Landesverratlichen Treiben ein Ziel zu setzen.

**Aus der Partei.**

**Quittung für den Wahlford der Sozialdemokratischen Partei.** Für den Wahlford des 3. Kreises zu den Land. Nationalwahlen gingen weiter ein:  
Liste Nr. 824: 7 M.; Nr. 712: 66 M.; Nr. 610: 32,50 M.; Nr. 698: 8 M.; Nr. 805: 11,75 M.; E. G. 6 M.; Grünwinkel Liste Nr. 1067-1070: 34,50 M. Zusammen 165,75 M. Vorher quittiert: 10.086,64 M.; zusammen 10.252,39 M.  
Weitere freiwillige Beiträge nehmen entgegen die Vertrauensleute der Partei. Expedition und Redaktion des „Volksfreund“, sowie der Parteisekretär H. A. J. J. J., Wilhelmstraße 47. Telefon 2300.

**Baden.**

**Neutrale Zone.**  
Karlsruhe, 22. Jan. Die Verhandlungen der vorläufigen Volksregierung mit dem französischen Ausschichtskommandeur haben zu dem Ergebnis geführt, daß alle Personen, die vor dem 1. Januar 1919 in der neutralen Zone waren, auch weiterhin dort verbleiben dürfen. Die Bestimmung, daß mehrpflichtige Personen die neutrale Zone verlassen müssen, bezieht sich nur auf diejenigen, die nach dem 1. Januar 1919 in die neutrale Zone zugezogen sind. Aber auch hier werden noch gewisse Ausnahmen zugelassen werden. Nähere Ausführungen werden folgen.

**Badische Nationalversammlung.** Gestern vormittag hielt die Geschäftsordnungskommission ihre erste Sitzung ab. Sie wählte zu ihrem Vorsitzenden den Abg. Wittenmann (Z.), und zu seinem Stellvertreter den Abg. Sed (Soz.). Der Druckaussetzung für die Nationalversammlung mit der Druckerei „Bodenia“ wurde gutgeheißen. Für die Zukunft wurden verschiedene Wünsche für die Herstellung der Deutschen geehrt. Dann wurde eine Unterausschuss gebildet, die eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Geschäftsordnung für die Nationalversammlung entwerfen soll.  
**Wahlprüfungen.** Der Wahlprüfungsausschuss der Bad. Nationalversammlung hielt Montag nachmittag eine Sitzung ab. Zunächst beschäftigte sich der Wahlprüfungsausschuss mit dem eingezogenen Wahlprotokollen im 2. Wahlkreis Freiburg. Es lag ein Wahlprotokoll der Umh. Sozialdem. vor, dahin gehend, daß in Diersburg am Wahltag zu große Sicherheitsmaßnahmen (Ausleitung von Maschinenwerkzeugen u.a.) getroffen waren, und ein Wahlprotokoll der Wirtschaftsozialisten, daß sich in einer Gemeinde ein kath. Geistlicher im Wahllokal befand habe. Der Wahlprüfungsausschuss kam zu dem Resultat, die Wahl im 2. Wahlkreis für unbeanstandet zu erklären. Es folgte die Beratung über die beantragte Öffentlichkeit der Wahlen im 4. Wahlkreis Mannheim. Bekanntlich sind dort über 1000 der Deutschrad. Volkspartei zugefallene Stimmen für unzulässig erklärt worden. Die Wahlprüfung wurde ausgesetzt, da sich noch die Fraktionen darüber ausprechen sollen.

**Lehrbataillone des bad. Volkheeres.** Es besteht vielfach die Ansicht, daß in nächster Zeit auch im badischen Oberlande Lehrbataillone des badischen Volkheeres aufgestellt würden. Wie uns von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, beabsichtigt die Regierung, außer den bereits zur Aufstellung bestimmten Bataillonen in Heidelberg und Bruchsal, vorläufig keine weiteren Bataillone zu errichten.

**Baden-Baden, 21. Jan.** Im Schuppen des Landwirts Adolf Steinel brach Feuer aus, das das in Holz erbaute Bauwerk vollständig zerstörte. Hinterbrannt sind größere Futtermittel. Das Vieh konnte gerettet werden.  
**Bad, 21. Jan.** Hier fand eine Arbeitslosenversammlung statt, die von 600-700 Reichslosen besucht war. Zur Ausarbeitung eines Antrags auf Eröffnung der Arbeitslosenunterstützung wurden von der Versammlung fünf Arbeitslose gewählt, die einer in Kürze einzuberufenden öffentlichen Erwerbslosenversammlung ihre Anträge zur Genehmigung zu unterbreiten haben.

Bar werden. ... Einberufung ...

\*Kort (A. Rebl), 21. Jan. Wie die Verwaltung der Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische berichtet...

Ausdehnung der französischen Besetzung. Nach einer der ...

Soziale Rundschau.

Buchdruckerstreik in Heidelberg. ...

Aus der Stadt.

Eine neue Gartenstadt in Grünwinkel. ...

Arbeiter-Sportbewegung.

Die Zentralkommission für Sport und Körperpflege, die ...

Beteiligung zu ermöglichen, sind Teilzahlungen von monatlich ...

In der sehr angeregten Aussprache erörterte Prof. Sadur ...

Es wurde beschlossen, die Gründung zu beschleunigen, am ...

Freie Jugend (Arbeiterjugend). Heute Abend 8 Uhr im ...

Einbürgerung in der Kammer. Dieser Tage waren ...

Die Erhöhung der Eisenbahntarife wird nun am 1. April ...

Deutscher Humor. Der bekannte jugendliche Schauspieler ...

Letzte Nachrichten.

Nahrungsmittelhilfe der Entente.

W.D. London, 22. Jan. Reuters meldet, daß in zwei ...

W.D. Genf, 22. Jan. Agence Havas. Der oberste ...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Heaufgebote. Os'ar Frömbsdorf von Lambrecht, Schäfer ...

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten. Friedrich, B. Arnold Riefer, Handwerker. ...

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland ...

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sängerbund Fortwärts.) Morgen Freitag abend ...

Wegen großer Papiernot muß der Umfang der Zeitungen gegenwärtig auf das Allernotwendigste beschränkt werden.

Bekanntmachung.

Die Bürgermeisterwahl in Büchig betr. ...

Bekanntmachung.

Den Verkehr mit Kraftfahrzeugen betr. ...

Bekanntmachung.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. ...

Bekanntmachung.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr. ...

Bekanntmachung.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr. ...

Bekanntmachung.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr. ...

Bekanntmachung.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr. ...

Bekanntmachung.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr. ...

**Gebrüder Scharff**

Frisch eingetroffen:

**Schnupf-Tabak**

Marke Lotbeck  
kleine Pakete 25 Pfg.  
100 gr-Pakete:  
gelb Papier . . . 1.20  
blau " . . . 1.35  
rosa " . . . 1.45

693

**Konfirmanden - Anzug**  
zu kaufen gesucht. Dasselbe ist eine weiße Servierjacke (Friedensware) preiswert zu verkaufen. Waldhorstr. 32, 41.

**Mandolinen, Gitarren, Zithern**  
werden fortwährend angekauft in Weintraubs Ju- u. Verkaufsgeschäft, 356 Kronenstr. 52, Tel. 3747.

**Zuchthäfen**  
zu verkaufen. 686  
Sakentankanten 5,3, Holländer 4,2, Weiße Wiener 5,3, Englische Ehedien 5,7, Dornmeln 2,1.  
Städt. Krankenhaus.

**Öffentliche Versammlung**  
im Gasthof zu den „Drei Linden“, Mühlburg  
Freitag den 24. Januar, abends halb 7 Uhr.  
Es spricht Regierungsrat Dr. Kampffmeyer über: 682

**Die Gründung der Gartenstadt Grünwinkel**  
Alle Männer und Frauen, die für sich und andere bessere Wohnungsverhältnisse erstreben, sind eingeladen.  
Freier Eintritt. Freie Aussprache.  
Der vorbereitende Ausschuß.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Vaters, Bruder und Schwager 685

**Karl Seiter**

Sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichen Dank. Besonderen Dank Herrn Oberhofprediger Fischer für seine sinn- und trostreichen Worte.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Frau Marie Seiter, Wwe., und Kinder.**  
Wilhelmstraße 33.

**Tanz-Unterricht**

Anfangs Februar beginnen noch weitere erfill. Nachmittags und Abendkurse. Gefällige Anmeldungen Dienstag und Freitag von 7 bis 9 Uhr im Gasthaus „Zur Rose“, Altmühlstr. 87, und Kavellestr. 16 von 12 bis 2 Uhr.  
Sofortabend 620

**Alfred Trautmann**  
Operettenchor und Lehrer der Tanzkunst.

Vom Felde zurück erteilt wieder gründlichen 690  
**Zither-, Mandoline- u. Gitarre-Unterricht.**  
Oskar Mühlthaler, Buttlgstr. 14.

In der **Großstadt herrscht**

**Arbeitslosigkeit und Hunger**

Darum:

**Heimkehrende Krieger zieht Auf's Land!**

Auf dem Land findet ihr **Arbeit und Brot**

**Die Arbeitsstellen** vermitteln euch die **Arbeitsnachweise.**

JOE LOE

**Listen I. Klasse und Liste II. Klasse Preuß.-südd. Staatslotterie**  
sind da und baldigst abzuholen. Kauflose zur Ziehung kosten 1/8 1/4 1/2 1/1 Zeit 10-20-40-80-Mark  
Auch andere Staatsprämien und Spiellose offeriert. 690

**Ludwig Göb**  
Badischer Lotterieleihnehmer  
Gebelstr. 11, beim Rathaus.

**Daniels Konfektionshaus**  
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

**Pelze, Muffe**  
zu billigen Preisen. 692

Kriegsanleihen sind in Zahlung genommen.

**Eisenbahnertaschen**  
in allen Größen zu haben in

**Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft**  
Kronenstr. 52. 694

**Kinder-Klappwagen**  
mit Doppelst. und einem Dach zu verkaufen. Anzufragen von 1-3 Uhr nachmittags bei 670  
Gust. Werner, Akademiestr. 181.  
Schilder verboten

**Städtisches Konzerthaus.**  
Donnerstag, den 23. Januar 1919. 704  
Donnerstagsmiete Nr. 18.  
Neu einstudiert:

**Die Verschwörung des Fiesco zu Genua.**  
Tranerspiel in fünf Akten von Schiller.  
Anfang 1/6 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

**Bad. Kunstverein e. V.**  
Karlsruhe, Waldstrasse 3.

**Schluss** der grossen Sammelausstellung von Werken des Professor Dr. Ludwig Dill, Karlsruhe, am **30. Januar 1919.**

Besuchszeiten: Werktags von 10-1 Uhr Vorm. 703  
Sonntags " 11-1 " "  
sowie täglich von 2-4 Uhr Nachmittags.

**Welt-Kino**  
Kaiserstrasse 133

Nur noch Donnerstag und Freitag

**Ada van Ehlers**  
Die grösste weibliche Detektivin  
in  
**Das Geheimnis der Briefmarke**  
Spannender Detektivschlager  
in 4 Akten.  
Regie: Georg Alexander.

**Nanny Ziener**  
in  
**Lola die Schlangentänzerin**  
Lustspiel in 3 Akten. 705

**Unabhängige Sozial. Partei Karlsruhe**  
Am Donnerstag, 23. Januar, abends 7 Uhr, in der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstr. 13.

**Gedächtnisfeier**  
für  
**Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.**  
Gedächtnisrede: Adolf Geck, Offenburg.  
Gesangliche Mitwirkung: „Gleichheit“, Karlsruhe.  
Eintrittskarten zu 20 Pfg. bei den Vertrauensleuten und im Sekretariat, Kaiserstr. 13. 645

Der Vorstand.

**Unabh. Soziald. Partei Bruchsal.**  
Am Freitag, 24. Januar 1919, abends 1/8 Uhr, im Gasthaus „Prinz Reg“

**Gedächtnis-Feier**  
für die Opfer der Revolution.  
Gedächtnisrede: Georg Dietrich, Karlsruhe, und Mitwirkung einer Musikkapelle.  
694

Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband Durlach.**  
Am Donnerstag, den 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal „Darmstädter Hof“ unsere

**General-Versammlung**  
statt. Die Kollegen werden dringend ersucht, zu erscheinen, da unter anderem auch die Tagesordnung steht. Sämtliche vom Felde zurückgekehrten Kollegen, die sich noch nicht angemeldet und ihre Mitgliedsbücher abgeholt haben, bitten wir, dies umgehend nachzuholen. 684

Der Vorstand.

**Kriegsteilnehmer-Interessen-Verband (K.-I.-V.)**

Kameraden aller Berufe schließt euch zusammen

**Handwerker Kaufleute  
Freie Berufe Fabrikanten  
Beamte Arbeiter**  
usw.

Nur Selbsthilfe führt zum Ziel.  
Der Nachteil, den ihr durch Abwesenheit von Beruf und Wohnung hattet, soll gerecht ausgeglichen werden.  
Daher kommt alle zur

**öffentlichen Versammlung**  
Freitag, den 24. Januar 1919  
abends 8 Uhr, Friedrichshof, großer Saal.  
696

Der Vorstand.

**Gesangverein der Nähmaschinenbauer Junker & Ruh.**

Am Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet im Vereinslokal (Sabaria) unsere

**General-Versammlung**  
statt, wozu die verehrlichen Mitglieder freundlichst einladen  
688

Der Vorstand.

Auskunft umsonst bei **Schwerhörigkeit**  
überhörsen, nervösen Ohrschmerz. 697

über unsere taubstummensprachlich bewährten, patentamtlich geprüften, Hörtrichter, von denen u. unsichtbar zu treuen Verstell. empfindl. Glanz. Anerkennungen. Sants Versand München. 26 b.

dem Abgab  
laden.  
nachde  
hinein  
Be  
numm  
Scam  
fein f  
abolu  
Bunde  
Hoen  
sind e  
Krieg  
häuße  
sind g  
der G  
helmä  
eines  
hat, m  
kät un  
mehr  
-dyre  
und b  
Konk  
Layou  
dah ge  
Zeit a  
werden  
Die ein  
den je  
Förber  
lufian  
hat. fa  
erliche  
lassen.  
Der  
wie in  
hat es  
trenn  
nimmt.  
Säbik  
ord ih  
Worlich  
Eine  
gung  
einer  
Befugn  
war ein  
derung  
aber da  
Die  
hen ab  
schid  
lands  
An Fra  
als der  
tum un  
1848  
dalsmu  
zum 9.  
Envid  
Claype.  
von M  
mus zu  
jahl, au  
bekemm  
dann er  
nach G  
in Deu  
Kronen  
Gerunde  
und par  
ging da  
rung, d  
licher Q  
heit" ist  
die für  
derung  
mit der  
Kämpfe.  
hieser  
demütig  
Wifacht  
zu sein  
Esträch  
Molle de  
aus der  
was dar  
Kapitel